Neufassung der Satzung des Kinderhilfswerk Quickborn e. V mit dem Sitz in Quickborn

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 29.11.2023 in Quickborn.

Zuletzt geändert auf der Mitgliederversammlung am

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Pinneberg
unter der Registriernummer VR 788 am

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Präambel	2
§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr	2
§ 2 Gemeinnützigkeit, Zweck und Aufgaben	2
§ 3 Spendenverwendung	4
§ 4 Arten und Erwerb der Mitgliedschaft	4
§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft	5
§ 6 Mitgliedsbeiträge.....	7
§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder	7
§ 8 Organe des Vereins und Haftung der Organe	7
§ 9 Aufgaben der Mitgliederversammlung	8
§ 10 Mitgliederversammlung	8
§ 11 Durchführung und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	10
§ 12 Geschäftsführender Vorstand	12
§ 13 Erweiterter Vorstand	13
§ 14 Beratung und Beschlussfassung des geschäftsführenden Vorstandes und des erweiterten Vorstandes	14
§ 15 Auflösung, Verwendung des Vereinsvermögens.....	14
§ 16 Ermächtigung des Vorstands zur Anpassung der Satzung.....	14
§ 17 Haftung des Vereins.....	15
§ 18 Gerichtsstand	15
§ 19 Inkrafttreten	15

Präambel

Der Verein Kinderhilfswerk Quickborn e.V. gibt sich ein Leitbild, an dem sich das Vereinsleben und die Arbeit der Organe, der Amts- und Funktionsträger sowie aller sonstigen Mitarbeitenden orientieren.

Das Kinderhilfswerk Quickborn e.V., seine Mitglieder und Mitarbeitenden bekennen sich zu den Grundsätzen eines umfassenden Kinder- und Jugendschutzes und treten für die körperliche und seelische Unversehrtheit und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein.

Mitglieder und Mitarbeitende können vor Aufnahme ihrer Tätigkeit zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses verpflichtet werden.

Das Kinderhilfswerk Quickborn e.V. ist parteipolitisch und religiös neutral.

Zur Abwicklung der rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Maßnahmen gilt die nachstehende Satzung.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

Der Verein ist in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Pinneberg eingetragen und führt den Namen „Kinderhilfswerk Quickborn e.V.“.

Das Kinderhilfswerk Quickborn e.V. (Kinderhilfswerk) hat seinen Sitz in Quickborn.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Gemeinnützigkeit, Zweck und Aufgaben

- (1.) Grundlage der Vereinsarbeit ist das Bekenntnis aller Mitglieder und Mitarbeitende des Vereins zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Der Verein tritt allen extremistischen Bestrebungen entschieden entgegen. Der Verein bietet nur solchen Personen die Mitgliedschaft an, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen. Mitglieder von extremistischen Organisationen gleich welcher politischen Ausrichtung sowie Mitglieder rassistischer und fremdenfeindlicher Organisationen oder rassistischer und fremdenfeindlicher religiöser Gruppierungen, können nicht Mitglied des Vereins sein.
- (2.) Das Kinderhilfswerk verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (3.) Vereinszweck ist die Förderung
 - a) der Jugendhilfe
 - b) der Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie
 - c) Personen selbstlos zu unterstützen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands auf die Hilfe anderer angewiesen sind.

- (4.) Der Satzungszweck des Vereins wird insbesondere durch die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Quickborn und dem Verflechtungsbereich verwirklicht, dazu gehören die Förderung von Kindern und Jugendlichen (grundsätzlich bis zum 18. Lebensjahr)
- in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung
 - in ihrer Bildung
 - in Hinblick auf die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben
 - durch Unterstützung und Hilfe in körperlich, geistigen oder seelischen Notlagen
 - durch die Ermöglichung von gemeinsamen Aktivitäten und Einzelaktivitäten die der Verbesserung der Spiel- und Entwicklungsmöglichkeiten dienen
 - und alle weiteren Notlagen.
- (5.) Der Vereinszweck wird weiterhin verwirklicht durch den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung.
- (6.) Mütter, Väter und Personensorgeberechtigte können durch Schulungen und sonstige Hilfen in ihren Kompetenzen hinsichtlich der Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden.
- (7.) Das Kinderhilfswerk ist selbstlos tätig; es verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (8.) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (9.) Mitglieder und Mitarbeitende des Vereins können einen Aufwendungsersatzanspruch nach [§ 670 BGB](#) für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind, geltend machen.
- (10.) Soweit jemand für den Verein ehrenamtlich tätig wird, werden Auslagen erstattet, soweit diese tatsächlich entstanden, nachgewiesen und angemessen sind.
- (11.) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (12.) Es wird für ehrenamtlich tätige Personen des Kinderhilfswerkes keine Vergütung oder Ehrenamtspauschale gezahlt. Der Verein darf keine Personen gegen Entgelt abhängig beschäftigen.

§ 3 Spendenverwendung

- (1.) Spenden, sonstige Zuwendungen und Erlöse werden vollständig und direkt für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet.
- (2.) Die Betriebsaufwände des Vereins, wie z. B. Kosten für die Mitgliederverwaltung, Kontoführung, Porto, Telefon, Internet, Informationsmaterial, Sitzungen, eigene Fortbildungen und Klausuren werden ausschließlich aus Beiträgen der Mitglieder (Vollmitgliedschaft) oder aus für diesen Zweck zweckgebundene Spenden bestritten.

§ 4 Arten und Erwerb der Mitgliedschaft

- (1.) Der Verein hat zwei Arten von Mitgliedern, deren Rechte und Pflichten sich jeweils nach den Bestimmungen dieser Satzung richten.
 - Vollmitgliedschaft (Vollmitglied) und
 - Fördermitgliedschaft (Fördermitglied)
- (2.) Sowohl für den Erwerb der Vollmitgliedschaft als auch für den Erwerb der Fördermitgliedschaft gilt:
 - a) Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden, die den Zweck des Vereins zu unterstützen bereit ist.
 - b) Bei natürlichen Personen soll der Aufnahmeantrag den Namen, das Geburtsdatum und die Wohnanschrift sowie die angestrebte Mitgliedsart enthalten. Bei Minderjährigen ist der Antrag auch von deren gesetzlichen Vertreter/innen zu genehmigen.
 - c) Bei nicht rechtsfähigen Vereinen und Personengesellschaften muss der Aufnahmeantrag die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs, bei juristischen Personen zusätzlich den Namen oder die Firma und die Registerangaben der Körperschaft enthalten.
 - d) Der Aufnahmeantrag kann formlos mündlich und in Textform gestellt werden.
 - e) Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen und informiert die antragstellende Person formlos. Bei Ablehnung des Antrags ist er nicht verpflichtet, Antragstellende die Gründe für die Ablehnung mitzuteilen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Sowohl die Vollmitgliedschaft als auch die Fördermitgliedschaft im Verein endet in den folgenden Fällen:

- (1.) durch Tod des Mitglieds oder bei juristischen Personen bei Auflösung oder entsprechenden beendenden Vorgängen.
- (2.) durch Austritt. Der Austritt ist in Textform im Sinne von § 126b BGB gegenüber dem Vorstand zu erklären.
- (3.) Der Austritt kann nur mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden.
- (4.) Im Falle einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags um mehr als zehn Prozent oder im Fall der Festsetzung von Umlagen kann der Austritt innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe des Beschlusses der Mitgliederversammlung mit Wirkung zum Zeitpunkt vor dem Wirksamwerden der Erhöhung / der Umlagefähigkeit erklärt werden.
- (5.) Löschung
 - a) Eine Mitgliedschaft kann gelöscht werden, wenn trotz zweimaliger Aufforderung in Textform die fälligen Zahlungsverpflichtungen (Beiträge, Umlagen, Gebühren etc.) nicht erfüllt worden sind und das Mitglied mit der Zahlung länger als vier Monate im Rückstand ist.
 - b) Mit der Löschung der Mitgliedschaft enden alle Rechte des Mitglieds gegenüber dem Kinderhilfswerk.
 - c) Der Beschluss über die Löschung darf durch den Vorstand erst dann gefasst werden, wenn nach Versendung der Mahnung drei Wochen verstrichen sind und dem Mitglied in der Mahnung die Löschung bei Nichtzahlung angekündigt worden ist. Der Beschluss über die Löschung ist dem betroffenen Mitglied per E-Mail, an die dem Verein zuletzt bekannte Mitgliedsadresse mitzuteilen. Mitglieder, die keine E-Mail-Adresse haben, werden per Brief informiert.
- (6.) durch Ausschluss.

Aus dem Kinderhilfswerk kann insbesondere ausgeschlossen werden, wer

1. gegen die satzungsgemäßen Pflichten verstößt
2. wegen eines schweren Verstoßes gegen die Interessen des Vereins
3. wegen groben Fehlverhaltens

4. wegen der Nichtbeachtung von Grundsätzen des Kinder- und Jugendschutzes
5. wegen der Teilnahme an extremistischen oder anderweitigen diskriminierenden Veranstaltungen, bzw. eine solche Gesinnung z.B. durch das Tragen beziehungsweise Zeigen von u.a. rechtsextremen Kennzeichen und Symbolen zeigt oder Mitglied einer nach § 2 dieser Satzung genannten oder vergleichbaren Organisation ist.
6. sich im Vereinsbetrieb wiederholt gegen rechtmäßige Anweisungen des Vorstandes oder der vom Vorstand beauftragten Personen widersetzt oder deren Tätigkeit behindert und dadurch ein geordneter, zielführender oder sicherer Vereinsbetrieb mehr als geringfügig beeinträchtigt wird.
 - a) Über den Ausschlusseines Mitglieds entscheidet der erweiterte Vorstand nach Anhörung der/des Betroffenen. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied berechtigt.
 - b) Der Antrag auf Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied samt Begründung per E-Mail, an die dem Verein zuletzt bekannte Mitgliedsadresse zuzuleiten. Mitglieder, die keine E-Mail- Adresse haben, werden per Brief informiert.
 - c) Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu dem Antrag auf Ausschluss Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom erweiterten Vorstand unter Berücksichtigung der Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Antrag mit Mehrheit zu entscheiden
 - d) Handelt es sich bei dem auszuschließenden Mitglied um ein Mitglied des geschäftsführenden bzw. erweiterten Vorstandes dann entscheidet die Mitgliederversammlung.
 - e) Die Entscheidung ist dem Mitglied unter Angabe der Ausschlussgründe mit einem eingeschriebenen Briefs mit Rückschreiben zuzuleiten. Mit der Bekanntgabe erlöschen die Rechte des Mitglieds gegen den Verein.
 - f) Dem betroffenen Mitglied steht gegen den Ausschluss kein Beschwerderecht zu. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.
- (7.) Bei Beendigung der Mitgliedschaft hat das Mitglied keinen Anspruch gegenüber dem Vereinsvermögen.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

- (1.) Jedes Vollmitglied hat bis zum 31. März des Kalenderjahres oder spätestens einen Monat nach Beitritt zum Kinderhilfswerk den jährlichen Mitgliedsbeitrag zu entrichten.
- (2.) Die Mitglieder entrichten Mitgliedsbeiträge, deren Mindesthöhe und Fälligkeit von der Mitgliederversammlung festgelegt wird.
Beschlüsse über Beitragsfestsetzungen sind den Mitgliedern in Textform bekannt zu geben.
- (3.) Für die Fördermitglieder legt der Vorstand einen Mindestbeitrag fest, dieser Beitrag ist spätestens am 31.12. des Kalenderjahres fällig. Die Fördermitglieder leisten mindestens diesen Beitrag und darüber hinaus diejenigen Beiträge, zu denen sie sich jeweils bereiterklärt haben.
- (4.) Der Vorstand kann nach seinem pflichtgemäßen Ermessen Mitglieder von der Beitragspflicht ganz oder teilweise befreien.
- (5.) Die Vollmitglieder können zur Abwendung von finanziellen Notlagen zur Zahlung von Umlagen verpflichtet werden. Dafür ist ein Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Umlagen dürfen bis zur Höhe des sechsfachen Mitgliedsbeitrages eines Vollmitglieds beschlossen und erhoben werden. Maßgebend ist der Jahresbeitrag, den das zahlungsverpflichtete Mitglied zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Erhebung der Umlage zu zahlen hat.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1.) Jedes Mitglied hat das Recht, an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen.
- (2.) Jedes Vollmitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.
- (3.) Fördermitglieder sind berechtigt, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen
- (4.) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern, insbesondere regelmäßig seine Mitgliedsbeiträge zu leisten und, soweit es in seinen Kräften steht, das Vereinsleben durch seine Mitarbeit zu unterstützen.

§ 8 Organe des Vereins und Haftung der Organe

- (1.) Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der geschäftsführende Vorstand sowie der erweiterte Vorstand.

- (2.) Die Haftung des Vorstands des Vereins und seiner Mitglieder sowie der sonstigen Organe und deren Mitgliedern ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.
- (3.) Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für leicht fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Vereins abgedeckt sind.
- (4.) Verursacht ein Mitglied vorsätzlich oder grob fahrlässig Schäden am Eigentum des Kinderhilfswerks oder an den vom Kinderhilfswerk genutzten Räumlichkeiten, so haftet es dafür.
- (5.) Aus Entscheidungen der Organe des Kinderhilfswerks können keine Ersatzansprüche hergeleitet werden.

§ 9 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung beschließt über alle durch Gesetz oder diese Satzung festgelegten Fragen. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere zuständig für:

- 1) Änderungen der Satzung und des Vereinszwecks,
- 2) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
- 3) die Grundzüge der Mittelleinplanung und Verwendung (Finanzplanung),
- 4) die Grundzüge des Arbeitsprogramms für die folgende Arbeitsperiode
- 5) die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- 6) den Ausschluss von Mitgliedern des erweiterten Vorstandes aus dem Verein,
- 7) die Bestellung, Entlastung und Abberufung des Vorstands,
- 8) die Wahl von zwei Kassenprüferinnen/Kassenprüfern
- 9) die Entgegennahme des Jahresberichts, des Kassenberichtes, des Kassenprüfberichts und die Entlastung des Vorstands,
- 10) die Auflösung des Vereins.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1.) Einmal im Jahr ist vom Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Sie soll bis zum 30. November stattgefunden haben.
- (2.) Ordentliche Mitgliederversammlung ist die Mitgliederversammlung, in der der Jahresbericht vorgestellt wird.
- (3.) Mitglieder werden zur Mitgliederversammlung eingeladen. Fördermitglieder haben Rede- und Antragsrecht, jedoch kein Stimmrecht.

- (4.) Zur ordentlichen Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Angabe der von ihm festgesetzten Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen (Textform genügt) einberufen.
- (5.) Das Einladungsschreiben bzw. die Einladungsemail gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein in Textform bekannte gegebene E-Mail-Adresse oder Wohnanschrift gerichtet ist.
- (6.) Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.
Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand in Textform eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Über die Änderung der Tagesordnung entscheidet die Mitgliederversammlung. Anträge auf Auflösung des Vereins oder auf Änderung der Mitgliedsbeiträge müssen in der Ursprungstagesordnung enthalten sein.
- (7.) Mitgliederversammlungen werden grundsätzlich als Präsenzversammlungen abgehalten.
Sofern keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, können Mitgliederversammlungen in anderer Form auch ohne Anwesenheit der Mitglieder an einem Versammlungsort, insbesondere im Wege jeder Art von Telekommunikation und Datenübertragung, in virtuellen Versammlungen mit audiovisueller Datenübertragung („virtuelle Mitgliederversammlung“) abgehalten werden.
- (8.) Der Vorstand ist bei einer virtuellen Mitgliederversammlung ermächtigt, Bestimmungen zum Verfahren und zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte in der Mitgliederversammlung zu treffen (z.B. Stimmabgabe per Handzeichen, Chatnachricht oder sonstiger virtuelle Kommunikation, die für die Stimmabgabe geeignet ist und an der alle Mitglieder während der Versammlung teilhaben können).
- (9.) Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies in Textform unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt. Der Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung jederzeit einberufen. Die Regelungen zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung gelten entsprechend.
- (10.) Der Vorstand kann eine Beschlussfassung der Mitglieder als Mitgliedervotum in Textform beantragen.
- (11.) Dieses Votum ist nur für Sachfragen zulässig. Wahlen, Abberufungen Ausschlussentscheidungen etc. dürfen nicht durch ein Mitgliedervotum entschieden werden. Die Auflösung des Vereins kann auch nicht in einem Mitgliedervotum

entschieden werden.

Eine derartige Beschlussfassung der Mitglieder ist zulässig, wenn die einfache Mehrheit der Mitglieder einer derartigen Beschlussfassung zustimmt.

Der gefasste Beschluss gilt so, als wäre er in einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung gefasst worden.

Die satzungsgemäßen oder gesetzlichen Beschlussmehrheiten für die Sachentscheidungen bleiben unberührt.

Vor der Beschlussfassung als Mitgliedervotum hat der Vorstand sämtlichen Mitgliedern die Beschlussvorlage in Textform zu übermitteln und diese zu begründen.

Den Mitgliedern ist eine Frist von mindestens zwei Wochen zu setzen, binnen derer die Mitglieder über die Zustimmung zum Mitgliedervotum und die vorgelegte Frage zu entscheiden haben.

Nach Beendigung der Abstimmungen hat der Vorstand das Ergebnis den Mitgliedern unverzüglich in Textform mitzuteilen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Protokolls bleibt von dieser Mitteilungspflicht unberührt.

§ 11 Durchführung und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1.) Die Mitgliederversammlung wird von der / dem Vorsitzenden und bei deren/dessen Verhinderung von einer stellvertretenden Vorsitzenden / einem stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Soweit diese Person auch verhindert ist, wählt die Mitgliederversammlung eine/n Versammlungsleiter/in unter Leitung des ältesten Mitgliedes.
- (2.) Die versammlungsleitende Person bestimmt eine Protokollführung.
- (3.) Alle Anwesenden werden im Protokoll namentlich erfasst.
- (4.) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (5.) In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Eine Stimmrechtsübertragung ist ausgeschlossen.
- (6.) Die Abstimmung erfolgt offen per Handzeichen, wenn die Versammlung in einer Präsenzversammlung abgehalten wird.

Wenn die Versammlung als virtuelle Mitgliederversammlung abgehalten wird, erfolgt die Abstimmung in der vom Vorstand festgelegten Form.

- (7.) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen sofern durch diese Satzung oder Gesetz keine qualifizierte Mehrheit vorgesehen ist.

Stimmenthaltungen zählen bei der Abgabe nicht mit. Einem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt, wenn dieser mehr Ja- als Neinstimmen erhalten hat. Bei Gleichstand ist der Vorschlag abgelehnt. Die versammlungsleitende Person stellt das Ergebnis fest.

Eine erneute Abstimmung über eine abgestimmte Sache ist in der laufenden Mitgliederversammlung nicht zulässig.

- (8.) Für die Wahlen zum Vorstand gilt Folgendes: Stimmenthaltungen zählen nicht mit. Hat im ersten Wahlgang keine Kandidatin/kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten/ Kandidatinnen statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

In der Stichwahl reicht die einfache Mehrheit aus. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

- (9.) Beschlüsse über die Abberufung des Vorstands oder einzelner Mitglieder des Vorstandes oder des erweiterten Vorstandes und die Änderung der Satzung werden mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen (Grundlage ist die Summe der abgegebenen Ja und Neinstimmen) gefasst.

- (10.) Eine Änderung des Zwecks des Vereins bedarf eines Beschlusses von zwei Dritteln der Anwesenden Vollmitglieder (Grundlage ist die Anwesenheitserfassung).

- (11.) Über den Ablauf der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist zur Dokumentation (nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) ein Protokoll zu fertigen, das von der protokollführenden Person und der versammlungsleitenden Person zu unterschreiben ist. Das Protokoll enthält mindestens die Anwesenheitsliste, Tagungsort, Datum, Uhrzeit vom Anfang und Ende der Versammlung, Tagesordnung und deren Abwicklung, Texte der gestellten Anträge und Antragsteller, Ergebnisse der Abstimmungen, Vermerke zur Annahme von Ämtern, besondere Vorkommnisse.

- (12.) Die Rechtswidrigkeit von Beschlüssen der Mitgliederversammlung kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Beschlusses gerichtlich geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt. Die Rechtswidrigkeit kann nicht auf die durch technische Störung verursachte Verletzung von Rechten gestützt werden, wenn die Versammlung als

virtuelle Mitgliederversammlung durchgeführt wurde, es sei denn, dem Verein ist grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorzuwerfen.

- (13.) Vollmitglieder und Fördermitglieder haben einen Anspruch auf Übersendung von Kopien der Protokolle aus den letzten drei Kalenderjahren.

§ 12 Geschäftsführender Vorstand

- (1.) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB (geschäftsführender Vorstand) besteht aus der/dem Vorsitzenden sowie den beiden stellvertretenden Vorsitzenden.
- (2.) Der Verein wird durch jedes Vorstandsmitglied einzeln vertreten.
- (3.) Im Innenverhältnis ist das Vertretungsrecht jedoch darin beschränkt, dass die Nutzung der Vertretungsbefugnis nur in Abwesenheit oder in Abstimmung mit der vorsitzenden Person erfolgen darf.
- (4.) Der Vorstand kann Mitgliedern des erweiterten Vorstandes für einzelne Tätigkeiten Handlungsvollmacht erteilen. Der Schatzmeisterin / dem Schatzmeister ist Handlungsvollmacht gemäß § 13 dieser Satzung übertragen.
Handlungsbevollmächtigte sind an die Weisungen des Vorstandes gemäß § 26 BGB gebunden und dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.
- (5.) Der Vorstand hat die Geschäfte des Vereins so zu führen, dass der Vereinszweck bestmöglich erreicht wird. Dem Vorstand des Vereins obliegt die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
- a) die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
 - b) die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
 - c) die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichts,
 - d) Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Mitglieder und Fördermitglieder.
 - e) Abberufung von Beisitzerinnen und/oder Beisitzern und gegebenenfalls Neubestellung von Beisitzerinnen und/oder Beisitzern.
- (6.) Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren einzeln gewählt. Sie bleiben jedoch auch nach Ablauf ihrer regulären Amtszeit bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt.

- (7.) Die Amtszeit beginnt mit dem Tag der Wahl. Gleichzeitig endet die Amtszeit des abgelösten Vorstandsmitglieds.
- (8.) Zu Vorstandsmitgliedern können nur Vollmitglieder des Vereins gewählt werden. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.
- (9.) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so kann der Vorstand für die Dauer bis zur nächsten Mitgliederversammlung eine Nachfolgerin / einen Nachfolger aus der Mitgliedschaft bestellen.
- (10.) Die Wiederwahl und die vorzeitige Abberufung eines Mitglieds durch die Mitgliederversammlung ist zulässig. Mit der Abberufung verliert das Vorstandsmitglied mit sofortiger Wirkung sein Amt.
- (11.) Der Vorstand kann sich und dem erweiterten Vorstand eine Geschäftsordnung geben.

§ 13 Erweiterter Vorstand

- (1.) Der erweiterte Vorstand besteht aus den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, der Schatzmeisterin / dem Schatzmeister, den gegebenenfalls gewählten Beisitzern und der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister der Stadt Quickborn, es sei denn die Bürgermeisterin / der Bürgermeister verzichtet auf den Beisitz.
- (2.) Beisitzende im erweiterten Vorstand werden in der durch die Mitgliederversammlung für erforderlich gehaltenen Anzahl gewählt.
- (3.) Beisitzende müssen Mitglieder des Kinderhilfswerks sein, dies gilt auch für die Bürgermeisterin / dem Bürgermeister. Es sei denn, die Stadt Quickborn ist Mitglied oder Fördermitglied des Vereins.
- (4.) Der erweiterte Vorstand berät den Vorstand und unterstützt diesen intensiv bei der Vereinsarbeit., insbesondere sollen einzelne Projekte selbständig im Rahmen von erteilter Handlungsvollmacht bearbeitet werden.
- (5.) Die Schatzmeisterin /der Schatzmeister erhält Handlungsvollmacht über die Konten. Sie/er führt die Kassengeschäfte, ist für die Buchhaltung und Rechnungslegung zuständig und berichtet dem Vorstand und der Mitgliederversammlung. Personalunion mit einer Funktion einer/s stellvertretenden Vorsitzende/n ist möglich, nicht jedoch mit Funktion der/des Vorsitzenden.

§ 14 Beratung und Beschlussfassung des geschäftsführenden Vorstandes und des erweiterten Vorstandes

- (1.) Geschäftsführender Vorstand und erweiterter Vorstand tagen, soweit es zweckmäßig ist, gemeinschaftlich.
- (1.) Der geschäftsführende bzw. der erweiterte Vorstand treten nach Bedarf zusammen.
- (2.) Die Sitzungen werden von der vorsitzenden Person einberufen.
- (3.) Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.
- (4.) Der erweiterte Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes anwesend sind.
- (5.) Beschlüsse des erweiterten Vorstandes können im schriftlichen Verfahren oder per Telefon oder Videokonferenz gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder des erweiterten Vorstandes dem zustimmen.
- (6.) Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der vorsitzenden Person,
- (7.) Mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes gem. § 26 BGB können Beschlüsse des erweiterten Vorstandes aufheben. Soweit dies nicht in der laufenden Sitzung erfolgt, sind die Mitglieder des erweiterten Vorstandes unverzüglich unter Angabe der Aufhebungsgründe zu informieren.
- (8.) Die Beschlüsse des Vorstandes und des erweiterten Vorstandes sind zur Dokumentation (nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) zu protokollieren.

§ 15 Auflösung, Verwendung des Vereinsvermögens

- (1.) Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Vollmitglieder erforderlich.
- (2.) Bei Auflösung des Vereins, Entzug der Rechtsfähigkeit oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das verbleibende Vermögen des Vereins an die Stadt Quickborn, die es unmittelbar und ausschließlich zweckgebunden für gemeinnützige Zwecke im Sinne dieser Satzung.

§ 16 Ermächtigung des Vorstandes zur Anpassung der Satzung

Der geschäftsführende Vorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen oder Satzungsergänzungen, die vom Registergericht oder vom Finanzamt verlangt werden, umzusetzen, ohne dass es eines Beschlusses der Mitgliederversammlung bedarf.

Dies gilt auch für redaktionelle Änderungen und Korrekturen.

Die Mitglieder sind hierüber spätestens auf der nächsten Mitgliederversammlung zu informieren.

§ 17 Haftung des Vereins

Die Haftung des Vereins gegenüber seinen Mitgliedern ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 18 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche und Streitigkeiten zwischen dem Verein und den Mitgliedern ist der Sitz des Vereins.

§ 19 Inkrafttreten

Die Satzung ist in der vorliegenden Form am 29.11.2023 von der Mitgliederversammlung des Vereins beschlossen worden und tritt nach Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Gleichzeit tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Unterschriften

Sitzungsleitung

Protokollführung

Die Satzung wurde am _____ ins Vereinsregister eingetragen und tritt somit ab dem _____ in Kraft.